



Insulares Bürgernetzwerk Sylt

Merret reicht's | Birte Wieda | Stephanstraße 18 | 25980 Westerland auf Sylt

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/1040

Vielen Dank für Ihre Einladung

Kiel 01.03 2023

Kennen Sie die neue, sehr schnelle **künstliche Intelligenz?** (GPD) Ich habe ihr mal meiner drängendsten Fragen gestellt, nämlich **die Vertrauensfrage:**

„Kann der Mensch dem Menschen vertrauen?“ Ihre Antwort, gekürzt:

„Diese Frage ist sehr komplex und es gibt keine eindeutige Antwort darauf, da es von vielen Faktoren abhängt. Es ist u.a. wichtig, darauf zu achten, dass Vertrauen auf **Gegenseitigkeit** beruht. Wenn man anderen vertraut, sollte sie einem auch vertrauen können. Es ist eine Frage des **Gleichgewichts und der Fairness.**“

Und nun stelle ich Ihnen heute auch die Vertrauensfrage:

Möchten Sie, dass der Mensch dem Menschen vertraut? Oder möchten Sie nur die **Einbahnstraße**, dass die Bürgerinnen und Bürger Ihnen vertrauen, am liebsten blind, und Sie dieses Vertrauen nicht gleichfalls entgegenbringen müssen?

Ich bitte Sie, schenken Sie mir Ihr Vertrauen und ziehen sie für diesen einen Moment in Erwägung, dass ich als Bürgerin nichts anderes im Sinn habe, als **mitdenken, mitgestalten und mit Verantwortung tragen!**

Sie müssen mich vielleicht noch **besser kennenlernen**, um zu entscheiden, ob Sie mir vertrauen können - **gerne:**

Ich wähle seit 40 Jahren, ich engagiere mich seit 30 Jahren in Bürgerinitiativen und ich habe als Gemeindevertreterin eine Legislaturperiode Kommunalpolitik in meiner Gemeinde mitgemacht.

- ich bin Sylterin und kämpfe für den Erhalt meiner Heimat. Weil die **Zustände sich aber immer weiter verschärfen**, habe ich 2020 das Bürgernetzwerk „Merret reicht`s!“ gegründet.
- Sylt mag **äußerlich als Idylle** vermarktet werden, der innere Zustand ist „**absolute Zerstrittenheit**“ in einer politischen **Verhinderungsstrukturen**, die insulares Handeln blockiert.

- ein **aktuelles Bürgerbegehren** wurde in der Gemeinde Sylt von einem **Bündnis der Oppositionsfraktionen** initiiert! Die Politik holt sich beim Bürger zu einer wichtigen Fragestellung Unterstützung, fragt ab, wie sie die Zukunft für Ihn gestalten soll – das ist neu!
- In meiner Lebenszeit ist die **soziale Infrastruktur** auf Sylt durch **maßloses Investment im Tourismus** abgewirtschaftet worden.
- Sylt hat **5 Bürgermeister und 85 Gemeindevertreter:innen**, die seit Jahrzehnten den §1 der Gemeindeordnung – dem Gemeinwohl vereidigt werden. Doch was wir auf Sylt gerade **zu Grabe tragen** ist das **GEMEINWOHL**. Und bald trage ich auch meine Hoffnung zu Grabe:
 -
 - Ich gehöre nicht zu der Generation großer Demos, ich habe mit anderen immer wieder **konstruktiv** versucht, Einfluss auf offensichtlich falsche Mehrheitsbeschlüsse zu nehmen oder **Kreativität dort einzubringen**, wo Politik unserem Empfinden nach **uninspiriert** auf gegebene Umstände reagierte oder **unter Druck abarbeitet**, anstatt Zukunft **vorausschauend zu gestalten**.
 -
 - **Gefühl: War alles vergebens.**
 - Ich stehe hier müde
 - Ich stehe hier wütend
 - Die Menschen wollen gehört werden – nicht ausgeschlossen.
 - Wir haben etwas zu sagen – beizutragen zu den immer größer werdenden Problemen, vor denen **wir alle gemeinsam stehen**
 - Nutzen sie das – anstatt es zu unterdrücken. **Vertrauen Sie uns.**
 - Fürchten Sie unseren **Widerspruch**? Dann nehmen Sie unsere **Gesprächsangebote** an. Oder denken Sie, wir sollten lieber in die Politik gehen, statt Einspruch zu erheben?
 - **Wir sind in der Politik!** Gute Politik braucht Ideen und das Korrektiv! Wir sind wichtig für Ihre Arbeit.

Dies sind zB **ergänzender Standpunkte** von 5 Bl s der Westküste – das ist vorerst das einzige, was ich hier für sie ankleben werde

- Aus unserer Sicht, (und ich spreche jetzt für das Bürgernetzwerk „Merret reicht!“) begegnet man dem gesellschaftlichen Wandel am besten mit **Offenheit** und **Fortschritt zu anderen Formen der demokratischen Mitbestimmung**, damit wir die Gesellschaft **aktiv** weiterentwickeln.
-
- Das **Bürgerbegehren** ist ein entscheidendes Werkzeug dabei, in Zukunft sehen wir **Bürgerräte** als noch wichtiger und zielführender an, **da sie in ihrer Methodik ein konstruktives Miteinanders schulen**.
-
- Ich befürchte, dass **gegenseitige Misstrauen zerstört unsere Lebensgrundlage!**

- Auf **Sylt** erlebe ich das, **weltweit** ist es sichtbar und spürbar und **dieser Gesetzentwurf** transportiert es auch.
- Ich stehe hier mit sehr viel **Verständnis für eine junge Generation**, die bisher deutlich und friedlich für Ihre berechtigten Forderungen nach Zukunft eingetreten ist, die aber auch langsam die Geduld verliert.
- **Wir suchen alle nach Lösungen** aus zT selbstverschuldeten Krisen. Auf Sylt und überhaupt. Wenn Sie uns diesen Weg der Anteilnahme erschweren, **vertrauen Sie am Ende weder uns – noch sich selbst!**

Sehr geehrter Herr Minister Madsen, sehr geehrte Damen und Herren!

Kein Zweifel: Tourismus in Schleswig-Holstein war und ist ein essenzieller Wirtschaftszweig. Er hat wichtige Impulse, Perspektiven, Wohlstand und neue Verdienstquellen in unser von Landwirtschaft geprägtes Flächenland gebracht. Mit Freude teilen die meisten von uns bis heute das „schönste Bundesland der Welt“ mit Gästen und gehen darin auf, gute Gastgeber:innen zu sein.

Jahrzehntelang besaß das Wohl der Gäste in Schleswig-Holstein eine alles andere vernachlässigende Priorität. Die touristische Entwicklung wurde lange als überwiegend bereichernd wahrgenommen. Die ortsansässige Bevölkerung ging in maximale Resonanz mit seinen Gästen. Schon in den späten 60er Jahren mehrte sich die Kritik an den strukturellen und sozialen Veränderungen durch den Tourismus - ohne jedoch die Dynamik wesentlich beeinflussen zu können. Die gezielte, professionalisierte Vermarktung der Reiseziele verlieh der Entwicklung seit den 90er Jahren noch eine größere Vehemenz. Trends wurden aufgenommen oder kreiert, die Ferienorte und Anwohner:innen zur Anpassung und zum Wandel aufforderten. Neue Gäste und mehr Gäste wurden beworben. Bauwirtschaft, Immobilienhandel und Investment sondierten und folgten den geschaffenen Anreizen. Auf weiteres touristisches Wachstum ausgerichtete Kommunalpolitik wirkt bis heute als Brandbeschleuniger für eine unkontrollierte Entwicklung. An vielen Orten, vor allem an den Küsten, blieb nie Zeit für ganzheitliches Destinationsmanagement. Widerstand aus der Bevölkerung begleitet diese Entwicklung seit Jahrzehnten- noch vehementer geworden ist die Kritik seit den ersten Studien zum Phänomen des Klimawandels.

Die Kritiker:innen sind sich einig: Das einzige, was in der Gegenwart wachsen muss, ist das ernsthafte und messbare Bemühen um Nachhaltigkeit auf ökonomischer, ökologischer und sozialer Ebene. Die dringend nötige ganzheitliche Transformation wird bei den alten und gegenwärtig noch wirksamen Handlungsmustern in der Tourismuswirtschaft aber nicht gelingen. Daher begrüßen wir ausdrücklich, dass in der neuen Tourismusstrategie SH 2030 ein Umdenkprozess angemahnt wird, neue Erfolgsindikatoren benannt werden und zum Umbau von Strukturen aufgefordert wird. Denn Lösungen brauchen eine Struktur, einen Rahmen der Umsetzung ermöglicht und nicht behindert.

Für einen maßgeblichen Beitrag zum Klimaschutz bleibt nicht mehr viel Zeit. Tourismus in Schleswig-Holstein unter dem Druck der Klimaanpassung wird womöglich eine noch größere Herausforderung. Unser Tourismus basiert zuallererst auf Ruhe, Genuss und Erlebnis in einzigartiger Natur, in abwechslungsreichen Landschaften und mit Gastgeber:innen, die mit Leidenschaft und Herzblut ihrer Aufgabe nachgehen. Unser touristischer Erfolg und unsere Zukunft werden maßgeblich von einer intakten sozialen Struktur und vom Erhalt und dem Schutz von Klima und Natur abhängen.

Wir, die Westküstenallianz, hat sich formiert, um sich gemeinsam für die Belange der Bürger:innen der Tourismusdestinationen an der Westküste stark zu machen.

Aufgrund der Kontakte zwischen dem Bürgernetzwerk „Merret reicht’s – Aus Liebe zu Sylt“ und dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, möchten wir die Gelegenheit nutzen und Ihnen unsere Standpunkte zu den zehn im Konzept erarbeiteten Handlungsfeldern mit auf den Weg geben.

Birte Wieda für Merret reicht’s – Aus Liebe zu Sylt
Christel Leipersberger-Nielsen für Merret reicht’s – Föhr
Anke Tadsen für Bela – Bürgerinitiative für ein lebenswertes Amrum
Sophie Gallschütz für waterkant-LIEBE, St. Peter-Ording
Gesa Schröder für BIENE – Bürgerinitiative „Erhaltet den Neuenkoog“ Büsum

Handlungsfeld 1: Marketing

Dort Urlaub machen, wo andere leben

Ausgangssituation: Das Marketing der Urlaubsdestinationen in Schleswig-Holstein wird zunehmend uniform – auf Kosten von Authentizität und Vielfalt. Anstelle der örtlichen Eigenheiten werden austauschbare Erlebnisse beworben – unsere einzigartige Sprache, unsere Kultur, unsere Art zu leben, sind oft nur noch pittoreskes Beiwerk. **Handlungsbedarf:** Der Slogan „Dort leben, wo andere Urlaub machen“ war gestern, heute gilt: „Dort Urlaub machen, wo andere leben“. Wir wünschen uns im Marketing die **Vermittlung von Respekt** für Kultur und Identität der Urlaubsorte. Die Einwohner:innen möchten als Akteure mitdefinieren, was in ihren Orten auf welche Weise beworben wird. Als Bewohner:innen der Inseln und Küstenorte möchten wir nicht vom Tourismus-Marketing zum Objekt gemacht werden. Wir sind keine Statisten in einem großen Freilichtmuseum, sondern die „Botschafter unseres Lebensraums“.

Handlungsfeld 2: Qualität und Wettbewerbsfähigkeit

Wenn die Einheimischen sich wohl fühlen, geht es auch den Gästen gut.

Ausgangssituation: Bisher sind die Angebote den erforschten und kategorisierten Gästegruppen zugeordnet. Trotzdem beobachten wir vor Ort, dass versucht wird, alles für alle anzubieten und jedem gerecht zu werden. Wir erkennen eine Tendenz zu Beliebigkeit, Identitätsverlust und damit Qualitätsverlust in Gastronomie und Beherbergung. Alle ist ästhetisch schön, aber auch schön langweilig und gesichtslos. Ein unverwechselbares individuelles touristisches Angebot gelingt nur mit einer gesunden Bevölkerungsstruktur. Ein Gleichgewicht zwischen Urlauber:innen, Zweitwohnungsbesitzer:innen und Einheimischen zu erhalten oder zurückzugewinnen, ist die große Herausforderung für eine gemeinsame Zukunft. **Handlungsbedarf:** Wir wünschen uns **neue Parameter** für die Definition von Qualität. Wir Einheimischen sind ein gutes Barometer. Akzeptanzumfragen haben in unseren Regionen ergeben, dass die Einwohner:innen ihr Lebensumfeld lieben, aber die Sorge vor Beliebigkeit durch Verlust unserer Authentizität, Identität, Kultur und Natur wächst. Oft pflegen wir noch eine emotionale Verbundenheit zu unseren Gästen, das wollen und können wir auch in Zukunft tun und sehen das als starke Säule für Qualitätsstandards und Wettbewerb. Dazu müssen jedoch Kapazitätsgrenzen akzeptiert werden.

Handlungsfeld 3: Infrastruktur

Mehr Lebensraummanagement statt touristischem Destinationsmanagement

Ausgangssituation: Das Narrativ, die Einheimischen profitierten von den fortlaufenden Investitionen in die touristische Infrastruktur ist aus unserer Erfahrung kritisch zu hinterfragen. Die Einwohnerschaft ist heterogen, natürlich gibt es Gewinner:innen dieser Entwicklung, aber das Gemeinwohl leidet massiv. Die bisher stetig wachsenden, touristischen Zahlen in Relation zur abnehmenden Zahl der Wohnbevölkerung führt zwangsläufig zu einem Ungleichgewicht. Dies hat Auswirkungen auf die Infrastruktur und deren Alltagstauglichkeit. Zudem haben alle Investitionen nicht dazu geführt, dass „Ankommensorte“ wie Bahnhöfe und Häfen eine angemessene Willkommenskultur widerspiegeln. Unsere Orte werden immer mehr verdichtet und gleichen vielfach einer lieblosen Aneinanderreihung touristischer Infrastruktur. Landschaften werden bis heute zugunsten stereotyper Neubauten zerstört. **Handlungsbedarf:** Es braucht die Ausarbeitung eines Leitfadens für kommunaler Infrastruktur, der die **Daseinsvorsorge** im Auge behält und sicherstellt, dass unsere Kommunen sozial und wirtschaftlich handlungsfähig bleiben. Dabei sollte die soziale Infrastruktur stets Priorität besitzen. Aus unserer Sicht gehört eine intakte Nahversorgung und besonders die Gesundheitsversorgung zur Infrastruktur. Ein Ansiedlungsmanagement für Ärzte, Lebensmittelläden, Handwerker und andere Dienstleister ist für die Zukunft essenziell. Nur so können wir der Überalterung und der sinkenden Zahl unserer Bevölkerung entgegenwirken. Nur so kann auch ein individueller Tourismus in die Zukunft geführt werden, der gesund und erstrebenswert ist und zu uns hier im Norden passt.

Handlungsfeld 4: Mobilität

Mobilitätswende jetzt – 2026 ist ein entscheidendes Datum

Ausgangssituation: Eine Vielzahl der Arbeitnehmer:innen pendeln aufgrund von fehlendem Wohnraum zu Tausenden in die Urlaubsorte. Die Wohnbevölkerung wiederum ist für Besuche von Fachärzten, zentralisierten Behörden, etc. gerade im ländlichen Raum auf eine flächendeckende und bezahlbare Mobilität angewiesen. Abgestimmte Mobilitätsketten sind auch für die Urlaubsentscheidung des Gastes elementar. Wichtige Bahnanbindungen sind durch zu hohe Vertaktung überlastet, doch 2026 werden Trassen von der NAH.SH neu ausgeschrieben und vergeben. **Handlungsbedarf:** Wir brauchen eine einfachere Zusammenarbeit zur Umsetzung bedarfsgerechter Mobilität über Gemeinde- und Kreisgrenzen hinweg. Gemeinden sollten sich durch finanzielles Engagement auch wieder Mitsprache bei Bedarfen sichern. Die Ferienorte an den Küsten und auf den Inseln ersticken am Individualverkehr. Auch für den ruhenden Verkehr bieten sich keine zielführenden Lösungen. Durch Parkflächen und den Bau von Tiefgaragen findet langsam eine Totalversiegelung in städtischen Gebieten statt. Attraktive Alternativen zur Anreise ohne Auto müssen entwickelt und geschaffen werden. Ein „**runder Tisch Mobilität**“ zwischen Tourismus, Verwaltung, NAH.SH und Verkehrsbetrieben wäre wichtig und muss auch mit Vertreter:innen der Wohnbevölkerung und Pendler:innen besetzt sein.

Handlungsfeld 5: Ökologische Transformation und Klimafolgenanpassung

Klima- und Naturschutz gehört für Locals und Gäste an die 1. Stelle.

Ausgangssituation: In der „Tourismusstrategie 2030“ werden nur die „touristisch relevanten Naturlandschaften“ als schützenswert benannt. Es geht aber darum, dass der Tourismus dazu beitragen muss, die Natur mit ihrer Biodiversität zu erhalten und nicht zu zerstören. Dass die Tourismuswirtschaft auch Verantwortung im Klimaschutz übernehmen will, begrüßen wir. Aber allein die Selbstverpflichtung wird nicht reichen. Es werden weiterhin für touristische Projekte Flächen verbraucht und versiegelt. Investoren vor allem mit auswärtigem Firmensitz haben oft wenig Interesse an der lokalen Klimabilanz. Zweitwohnsitze verbrauchen häufig große Energiemengen für nur zeitweise genutzten Wohnraum. **Handlungsbedarf:** Die Kommunen müssen nachdrücklich aufgefordert werden, planungsrechtliche Werkzeuge im Sinne des Klimaschutzes umfänglich in den Bebauungsplänen anzuwenden und befähigt sein, die Umsetzung auch selbst zu kontrollieren und ggf. zu sanktionieren. Der Dauerwohnraum muss im Bestand umfänglich geschützt werden, um weiteren Flächenverbrauch zu verhindern. Zweitwohnungsbesitzer sollten über Steuern und Verbrauchskosten zum Ressourcensparen motiviert werden. Ein wirkungsvolles **Zweckentfremdungsgesetz** muss sofort (nicht erst 2024) auf den Weg gebracht werden.

Handlungsfeld 6: Strukturen und Kooperation

Wir für uns: Strukturen für Kommunalpolitik, Kooperation statt Konkurrenz

Ausgangssituation: SH besitzt 1.022 Gemeinden. Zum Teil sehr klein, befinden sie sich oft in Lebensräumen, die in ihren Aufgabenstellungen zusammengehören. Besonders deutlich wird das auf den Inseln, die mit einer Stimme sprechen und entscheiden sollten. Doch diese Notwendigkeit war leider nicht das Ergebnis der in SH vorgenommenen Verwaltungsreform. Verwaltungen haben sich durch die Reform professionalisiert, brauchen aber personelle und finanzielle Aufstockung, um ihre Aufgaben umfänglich zu bewältigen. **Handlungsbedarf:** Auf kommunalpolitischer Ebene wird von keinem Ehrenamtler eine Einweisung ins Verwaltungs-, Haushalts- und Baurecht verlangt. Wir brauchen hier eine stärkere Professionalisierung durch verpflichtende, ortsnahe **Weiterbildungsangebote**, um der Überlastung durch Themenvielfalt und deren Komplexität gerecht zu werden. Für Wettbewerbsfähigkeit der Tourismusgebiete durch Einigkeit und Stärke, wäre eine **Gemeinde-Gebietsreform** nötig. Unser Nachbarland Dänemark hat es vorgemacht und in drei Schritten seit 2007 aus 1.098 Gemeinden 98 gemacht. Dabei wurde die Geografie z.B. der Inseln berücksichtigt. So konnten Visionen wie „Klimainsel Samsø“ Wirklichkeit werden.

Handlungsfeld 7: Binnenlandstourismus

Bürgerrat – Bürger als Experten für Lebensraum und Tourismus.

Ausgangssituation: Als Einwohner:innen beliebter Reiseziele erleben wir täglich, dass sich Tourismus oft einseitig nach ökonomischen Wachstumsparametern ausgerichtet. Dabei ist bemerkenswert, dass ausschließlich Politik, Wirtschaft und Touristiker:innen die Konzepte entwickeln. Hoch professionalisiert stößt dann das Destinationsmanagement auf unvorbereitete ehrenamtliche Selbstverwaltungsstrukturen. Dort ist man weder planungsrechtlich noch juristisch auf (Groß-) Projekte der Tourismuswirtschaft, Investor:innen und Anleger:innen vorbereitet. Bis in die Gegenwart beschränkt sich die Teilhabe der Bürger:innen am kommunalpolitischen Alltag auf Bürgerfragestunden bei öffentlichen Sitzungen, seltene Einwohnerversammlungen und Antragsrecht. Eine neuere, bundesweit erkämpfte Errungenschaft ist das Bürgerbegehren.

Handlungsbedarf: Die Einwohner:innen mit ihrer Ortskenntnis und ihren persönlichen Kompetenzen sind seit Jahrzehnten eine ungenutzte Ressource in den Konzeptentwicklungen des Tourismus. Das Verfahren temporärer **Bürgerräte** kann Abhilfe schaffen. Dieses Partizipationstool wurde in den letzten Jahren professionalisiert. Es sorgt durch repräsentative Auswahl der Teilnehmer:innen vor Ort, durch Information, Moderation und Konsensverfahren bundesweit zunehmend für Lösungen zu politischen Fragestellungen. Bürgerräte wirken dem Gefühl von Fremdbestimmung im eigenen Lebensumfeld entgegen und nehmen Bürgermeinung ernst. Der Gedanke der **Gemeinwohlorientierung** erhält durch dieses Verfahren eine größere Absicherung. Als ergänzende, breite Kommunikationsebene nimmt er der Selbstverwaltung keine Kompetenzen weg, sondern kann hilfreich und unterstützend für anstehende Entscheidungen wirken. In Zukunft raten wir dringend dazu, die Zivilgesellschaft als dritte Kraft wieder ins Boot zu holen. Gerade auch in Gebieten, in denen es gilt, das touristische Angebot neu zu entwickeln.

Zudem sind wir der Meinung, dass Vertreter:innen von Sozial- und Naturschutzverbänden in die Steuerungsgruppe und den Beirat gehören, die auf Landesebene zur Entwicklung und Evaluation des Tourismus gegründet wurden!

Handlungsfeld 8: Mitarbeitengewinnung und -bindung

Dort arbeiten, wo man sich wohl fühlt

Ausgangssituation: Viele von uns kamen einst selbst als Arbeitskräfte in die Ferienorte, fanden dort attraktive Lebensbedingungen, wurden heimisch, schlugen Wurzeln. Ehrenamt und Zeit für Gemeinschaft einzuplanen, war selbstverständlich. Heute werden die Belange der einheimischen Bevölkerung viel zu oft außer Acht gelassen. Die überproportionale Verteuerung der Lebenshaltungskosten an touristischen Standorten ist ein Problem, bezahlbarer Wohnraum ist praktisch nicht mehr vorhanden, attraktive Freizeitangebote außerhalb der „touristischen Blasen“ fehlen. Gründe, die es immer schwerer machen, Fachkräfte anzuwerben. Diese Entwicklung gefährdet die **Funktionsfähigkeit** der sozialen Strukturen und damit schließlich auch der Wirtschaft: Ärztliche Versorgung und Schulstandorte sind gefährdet, Vereinen fehlen Mitglieder, der Feuerwehr die Freiwilligen, soziale Treffpunkte sind nicht vorhanden. Die Tourismushochburgen werden unattraktiv – für Einwohner:innen und damit auch für Gäste.

Handlungsbedarf: Fachkräfte bindet man nachhaltig, indem sie vor Ort einen attraktiven Lebensraum vorfinden, in dem sie sich sozial einbringen und ein Zuhause finden können. Um Fachkräfte gewinnen zu können, sind gute Bezahlung und bezahlbarer Wohnraum, sowie flexible Arbeitszeitmodelle notwendig.

Handlungsfeld 9: Tourismusbewusstsein und -akzeptanz

Einheimische sind nicht Teil des Problems, sondern Teil der Lösung!

Ausgangssituation: Durch den z.T. ungebremst und unkontrolliert wachsenden Tourismus kippt an manchen Orten die Stimmung. Die Verdrängung der Wohnbevölkerung, Überlastung und Überfremdung durch zu viel Zweitwohnungsnutzung werden auch in der „Tourismusstrategie 2030“ beschrieben.

Handlungsbedarf:

„Lebensraumkonzepte“ statt „Tourismuskonzepte“ und Einbindung der Wohnbevölkerung bei allen touristischen Entwicklungen – das sind die neuen Leitlinien. Doch diese Vorschläge zur Verbesserung der Tourismusakzeptanz dürfen kein Lippenbekenntnis bleiben, sondern müssen zur gelebten und gesetzlich verankerten Praxis werden!

Mit der gesetzlichen Verankerung von repräsentativen Bürgerräten in der Gemeindeordnung SH wäre ein großer Schritt getan. Wir regen die Einführung eines dreistufigen „Gütesiegels“ für Gemeinden mit wirksamer Bürgerbeteiligung an. Das Erarbeiten und die Festlegung von **Kapazitäts-Obergrenzen** („Carrying Capacity“/ Tragfähigkeitsgrenzen) sind dringend. Damit das gesunde Gleichgewicht zwischen einheimischer Bevölkerung und Tourist:innen erhalten bleibt oder Ungleichgewicht auf der Grundlage von Zahlen und Fakten festgestellt und begründet werden kann. Voraussetzung für all dies ist die Erhebung und Bereitstellung umfassender und öffentlich zugänglicher statistischer Erhebungen (bei denen z.B. auch die Strukturen unterhalb von zehn Gästebetten erfasst werden).

Handlungsfeld 10: Förderung und Finanzierung

Money makes our world go around...

Ausgangssituation: Vielerorts gibt es schon zahlreiche gelungene Konzepte für Verkehr, Wohnraumentwicklung, Tourismus, Klimaschutz, Kälte- und Wärmeplan, etc. Es mangelt jedoch oft an der beherzten Umsetzung durch die Kommunalpolitik. Viele Konzepte und Strategien verschwinden in den Schubladen.

Das macht uns große Sorge.

Auf Sylt hat z.B. ein „Beherbergungskonzept“ das tatsächliche Ausmaß der entstandenen Überkapazitäten an die Oberfläche gebracht. Das Gutachterurteil ist besorgniserregend und befriedigend zugleich. Engagierte Sylter:innen hatten das Gefühl für ihre Insel noch nicht verloren und haben sich zurecht für ein Besinnen und einen Wandel engagiert. Doch was passiert mit dem gutachterlich empfohlenen Handlungskatalog?

Handlungsbedarf: Ein Beherbergungskonzept nach dem Sylter Beispiel könnte jeder touristischen Gemeinde Auskunft über den Stand ihrer „Versylterung“ geben. Alle touristischen Gemeinden brauchen Unterstützung durch das Land SH für Studien, Gutachten und Evaluation:

- Beherbergungskonzept
- Lebensraumkonzepte
- Tourismus-Akzeptanz-Befragungen
- Bürgerräte
- Gemeinwohlbilanzierung
- Optimierung und öffentliche Zugänglichkeit der Statistiken

Die Tragfähigkeitsdebatte ist dringlich. Sie braucht Datengrundlagen und damit finanzielle Mittel. Förderung wünschen wir uns aber nicht nur monetär, sondern auch ideell und strukturell. Die Kommunen bleiben der Ort jeglicher Weichenstellung für die Entwicklung des Tourismus in SH, dafür brauchen sie die Unterstützung und Kompetenz von Landes- und Kreisebene.

Unsere Vision

Wir wünschen uns einen Dialog auf Augenhöhe, Information, Kooperation.

Wir setzen auf Miteinander statt auf Gegeneinander.

Wir brauchen den Tourismus als wichtigen Wirtschaftsfaktor.

Wir wollen ihn nicht verhindern, sondern zukunftsfähig machen, weil es um einen lebenswerten Alltag, unser aller Natur, unser Zuhause und unser Leben geht.

Wir stehen alle gemeinsam an einer Zeitenwende.

Für die Zukunft braucht es neue Gedanken, eine neue Identifikation, frisches Engagement jenseits verstaubter Glaubenssätze.

Politik wird kreativer und effektiver, wenn mehr Bürger:innen mitdenken, sich mit engagieren für ihren Lebensraum.

Die Demokratie braucht uns – wir sind bereit und voller Freude.

Besuchen Sie uns! Analog oder unter www.westkuestenallianz-sh.org



unsere Standpunkte

Tourismusstrategie

Schleswig-Holstein 2030



BIENE - Bürgerinitiative
"Erhaltet den Neuenkoog" (Büsum)



Westküstenallianz

Ein Zusammenschluss von schleswig-holsteinischen Bürgerinitiativen.